

100 Jahre Novemberrevolution

100 Jahre
Räterepublik
Kurpfalz

rlma.blogspot.eu
rlm@riseup.net

RLM
Revolutionäre Linke Mannheim



100 Jahre Novemberrevolution

Unter dem Motto „Erinnern heißt Kämpfen“ greifen seit einigen Jahren Gruppen in Deutschland in verschiedene Auseinandersetzungen um unsere Geschichte ein. Dabei wird versucht sich Geschichte anzueignen, in Erinnerung zu halten und verschiedene Erfahrungen früherer Generationen zu verarbeiten. Hier möchten wir als Revolutionäre Linke Mannheim anknüpfen und uns eingehender mit den vielschichtigen revolutionären Prozessen beschäftigen, welche auch in Mannheim mit der Novemberrevolution 1918 ihren Anfang nahmen. Dabei interessieren uns insbesondere die regionalen revolutionären Entwicklungen im Frühjahr 1919, die in der Ausrufung der kurpfälzischen Räterepublik gipfelten. Obwohl Mannheim als traditionelle Hochburg der Arbeiterbewegung im Zusammenhang mit der Novemberrevolution eine sehr bewegte und in vielen Aspekten besondere Lokalgeschichte vorzuweisen hat, wollen wir mehr als nur diese Besonderheiten unserer Stadt aufzuzeigen und in Erinnerung rufen.

Geschichte und Klassenkampf

Wenn wir uns als revolutionäre Linke mit unserer Geschichte beschäftigen, machen wir dies weder als bürgerliche Chronisten, die Fakten zusammentragen, noch als schöngeistige Philosophen. Viel mehr nehmen wir in der Geschichtsschreibung einen Klassenstandpunkt ein und versuchen sie für unser Ringen für eine andere Gesellschaft fruchtbar zu machen. Das heißt:

1. Obwohl geschichtliche Situationen oft nur bedingt vergleichbar sind und damit ein Lernen aus der Geschichte oft schwieriger ist, als gemeinhin angenommen, versuchen wir Erfahrungen früherer Generationen zu verarbeiten um Orientierung für unsere heutigen Kämpfe zu erhalten. Eine der wichtigsten Lehren dabei ist: Unsere jetzigen gesellschaftlichen Verhältnisse sind historisch gewachsen und durch den Menschen gemacht. Damit können sie auch durch den Menschen und damit durch uns verändert werden. Ein Ende der Geschichte gibt es nicht! Unser Blick auf Geschichte ist damit immer verbunden mit dem Anspruch, Perspektiven über das Bestehende zu entwickeln und aufzuzeigen.

2. Wir sind uns bewusst, dass die Hegemonie von Geschichtsbildern vorrangig klassengebunden ist. Die Auseinandersetzung um geschichtspolitische Deutungshoheit ist demnach kein rein intellektueller und objektiver Wettstreit, sondern Ausdruck der politischen und sozioökonomischen Kräfteverhältnisse. Einfach herunter gebrochen: Wir werden in Bezug auf die Reichweite dieser Broschüre weder mit Guido Knopp und ZDF History, noch mit der Heerschar an gutbezahlten „Wissenschaftlern“ konkurrieren können, die ihr Auskommen in den verschiedenen Instituten für Totalitarismus-Forschung oder anderen antikommunistischen Einrichtungen findet. Aber wir können in dem wir uns mit Geschichte beschäftigen unser Bewusstsein schärfen und unsere Motivation stärken, den Kampf für eine andere Gesellschaft zu führen.

3. Gerade deshalb ist für uns ein positiver Bezug zur eigenen Geschichte im Sinne einer kritisch-solidarischen Aneignung wichtig. Das heißt uns geht es weder um unauthentische Schönfärberei, noch um die „kritische“ Dekonstruktion unserer Geschichte. Das letzteres als leitende „Denkmethode“ unter Einfluss der **Postmodernen*** in bürgerlicher Wissenschaft und leider auch in der politischen Linken populär geworden ist, halten wir für eine Katastrophe. Die Dekonstruktion von zentralen Begriffen, theoretischen Deutungsrahmen und historischen Sachverhalten, aus denen sich das Selbstverständnis der politischen Linke speist, ist für uns in erster Linie die Sache des politischen Gegners.

Für das hier umrissene Verständnis von klassenkämpferischer Geschichtsschreibung, bietet die Novemberrevolution und die Kurpfälzische Räterepublik zahlreiche Anknüpfungspunkte. Grund genug um sich diese Prozesse im Rahmen dieser Broschüre und einigen Veranstaltungen genauer anzuschauen.

Der „Geist von 1914“

Folgt man der bürgerlichen Geschichtsschreibung, ist der Kriegsausbruch am 1. August 1914 in der deutschen Bevölkerung mit Begeisterung aufgenommen worden. Ein nationaler Taumel habe alle Bevölkerungsschichten erfasst und habe die Nation „im Geist von 1914“ vereint. Schon hier lohnt es sich genauer hinzuschauen und zu differenzieren! So erfasste die Kriegsbegeisterung keinesfalls alle Schichten gleichermaßen. Der Freudentaumel über den Krieg war vor allem eine städtische Erscheinung die vom Bürgertum und den überwiegend national gesinnten Studenten getragen wurde. Auf dem Land, im Grenzgebiet, in der Bauern- und in der Arbeiterschaft wurde der Krieg keinesfalls begeistert begrüßt!

Dies wäre auch verwunderlich, so agitierte die SPD und die Zweite Internationale, vor dem Kriegsausbruch unerlässlich gegen den imperialistischen Krieg, den viele Sozialisten in verschiedenen Ländern schon seit Jahren kommen sahen. In Mannheim fand noch am 29. Juli 1914, also 21 Tage vor der Mobilmachung und 6 Tage vor der Zustimmung der SPD zu den Kriegskrediten, eine Kundgebung gegen den Krieg statt, an der sich um die 10.000 Menschen beteiligten. Auf dieser Veranstaltung verurteilte der Mannheimer Reichstagsabgeordnete Ludwig Frank die nationalistische Kriegsbegeisterung und stellte Österreichs Schuld für die Verschärfung der internationalen Lage heraus. Er machte jedoch gleichzeitig deutlich, dass die Sozialdemokraten keine „vaterlandslosen Gesellen“ seien und im Kriegsfall als Soldaten ihre Pflicht tun würden. In dieser opportunistischen Binnenlogik gefangen, agitierte Frank wenige Tage nach seiner Antikriegsrede in Mannheim für eine Zustimmung zu den Kriegskrediten, meldete sich nach der Mobilmachung freiwillig und fiel bereits am 3. September 1914 in Lothringen.

Postmoderne

„Postmoderne“ kam als Begriff in den 1980er Jahren auf und wurde als Fremd- und Selbstzuschreibung für verschiedene Konzepte in Kultur, Kunst und Wissenschaft verwendet. Dabei ist es nicht einfach den Überblick zwischen den verschiedenen Strömungen, die als „postmodern“ gelten zu behalten. Stark vereinfacht liegt der Kern postmodernen Denkens in einem erkenntnistheoretischen Pessimismus. Auf die Frage: „Was können wir von der Welt wissen?“ - hatten die Aufklärung und der Materialismus geantwortet: Wenn wir uns von Vernunft, Rationalität und Objektivität leiten lassen, ist die Welt erkenn- und erklärbar. Die Postmoderne verwirft diese Gedanken zu Gunsten eines relativistischen und subjektivistischen Weltbildes. Das bedeutet, dass gesellschaftliche Realität als konstruiert (und damit de-konstruierbar) und subjektbezogen, also individuell (und somit nicht vergleichbar) beschrieben wird. Dabei variiert die Stärke des Relativismus in den verschiedenen postmodernen Strömungen. Allen gemeinsam ist jedoch das universale Konzepte abgelehnt werden und die Welt prinzipiell unerkenn- und unerklärbar wird. Für postmoderne Kritiker gibt es in der Geschichte keine Zusammenhänge oder gar Gesetze, sie wenden sich vehement gegen konstruierte große Erzählungen und Narrative, denn diese seien konstitutiv für gesellschaftliche Zustände.

Das politische Programm der Postmodernen Philosophie besteht deshalb auch nicht darin die Welt zu erkennen und zu verändern, wie es beispielsweise Karl Marx propagierte. Vielmehr sollen den überall identifizierten „Konstruktionen“ mittels der Dekonstruktion zu Leibe gerückt werden. Nationen, Klassen, Nationale Heldenmythen, Geschlechter, politische Begriffe wie Ethik oder Emanzipation, moralische Konzepte und in letzter Konsequenz auch naturwissenschaftliche Gesetze: Vor dem Richterstuhl der Postmodernen ist alles ein Konstrukt das mittels der Kritik dekonstruiert werden soll. Dabei unterscheiden sich viele postmoderne Theoretiker darin wem oder was die Rolle des Konstrukteurs zu kommt. Für viele ist es Sprache, der Diskurs oder allgemein „die Gesellschaft“.

Problematisch ist hierbei, dass sich viele Postmoderne in die Nähe marxistischer Ideologiekritik rücken und sich und ihrer Denkform einen emanzipativen Schein verleihen. Dies ist auch deshalb möglich, da aus einer historisch-materialistischen Perspektive viele Begriffe und Ideologien der bürgerlichen Wissenschaft zu kritisieren sind. Selbstverständlich haben sich z.B. Nationen prozesshaft als ein Teil des Überbaus der kapitalistischen Basis entwickelt und sind nichts Natürliches oder Gottgegebenes. Wer aus der berechtigten Kritik an ideologischen Begriffen und Deutungsmustern jedoch ableitet, das die Welt unerkennbar ist und es in der Geschichte keine Fakten gibt, schüttet das Kind mit dem Bade aus. Leider kann man die Postmoderne nicht einfach als philosophischen Irrweg abtun, da ideologische Fragmente dieser Weltanschauung bis weit in die Linke vorgedrungen sind. Als Beispiel sei hier nur auf den Begriff des „Klassismus“ hingewiesen, der Armut, im besten Fall noch als Diskriminierungs- im schlechtesten Fall nur noch als Diskursphänomen begreifbar macht. In dieser kruden Begriffsbildung ist ein Mensch nicht arm, weil er auf Grund seiner Stellung im ökonomischen Prozess nichts besitzt, sondern er wird arm, wenn ihn die Sprache, Vorurteile oder - so allgemein wie nichtssagend - der „Diskurs“ arm machen. Eine Linke die zu tragfähigen Analysen kommen und Perspektiven aufzeigen will, muss solche begrifflichen Verwischungen, Mystifizierungen und Subjektivierungen, die sich im Übrigen auch in der Theoriebildung von manchen antirassistischen und queerfeministischen Kreisen großer Beliebtheit erfreuen, entschieden zurückweisen. Das z.B. Sprache und Diskurse wichtige Phänomene sind, sei dahingestellt – die Analyse und Kritik daran, kann allerdings eine politische Praxis welche an der Basis unserer gesellschaftlichen Verhältnisse ansetzt nicht ersetzen.

Trotz der offensichtlichen Widersprüchen, die schon vor 1914 unübersehbar einen konsequenten antimilitaristischen Standpunkt innerhalb der Sozialdemokratie aufgeweicht hatte, war die kriegskritische Position weder in der Arbeiterschaft noch in der SPD-Führung schlagartig verschwunden. Schon die einheitliche Zustimmung zu den Kriegskrediten der SPD-Reichstagsfraktion am 4. August 1914 konnte nur durch Fraktionszwang durchgesetzt werden. Diese erzwungene Parteidisziplin war jedoch auf Sand gebaut. Bereits am 2. Dezember 1914 stimmte Karl Liebknecht gegen weitere Kriegskredite, während zwei weitere SPD-Abgeordnete kurz vor der Abstimmung demonstrativ das Plenum verließen.

Im Laufe des Jahres 1915 entstand mit der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft (SAG) unter Führung von Hugo Haase eine fraktionelle Plattform, die den Krieg ablehnte und die ungerechte Lastenverteilung zu Ungunsten der unteren Bevölkerungsschichten anprangerte. Hieraus entwickelte sich im Frühjahr 1917 die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Im Herbst 1917 und Januar 1918 kam es in den industriellen Ballungsräumen des Reiches zu einer Streikbewegung, welche die Beendigung des Krieges, politische Teilhabe und eine Besserung der Versorgungslage forderte. In Mannheim bildeten zunächst vor allem Frauen aus der Metallindustrie das Rückgrat dieser Bewegung. Zu einem Höhepunkt kam es hier als am 30. Januar 1918 15.000 Arbeiter für einen Frieden ohne Annexionen und für demokratische Reformen in Baden und auf Reichsebene streikten. Ohne die Unruhe in der Arbeiterschaft wirklich auflösen zu können, gelang es Polizei und Militärverwaltung diese Streikbewegung am 24. Februar gewaltsam zu unterdrücken.

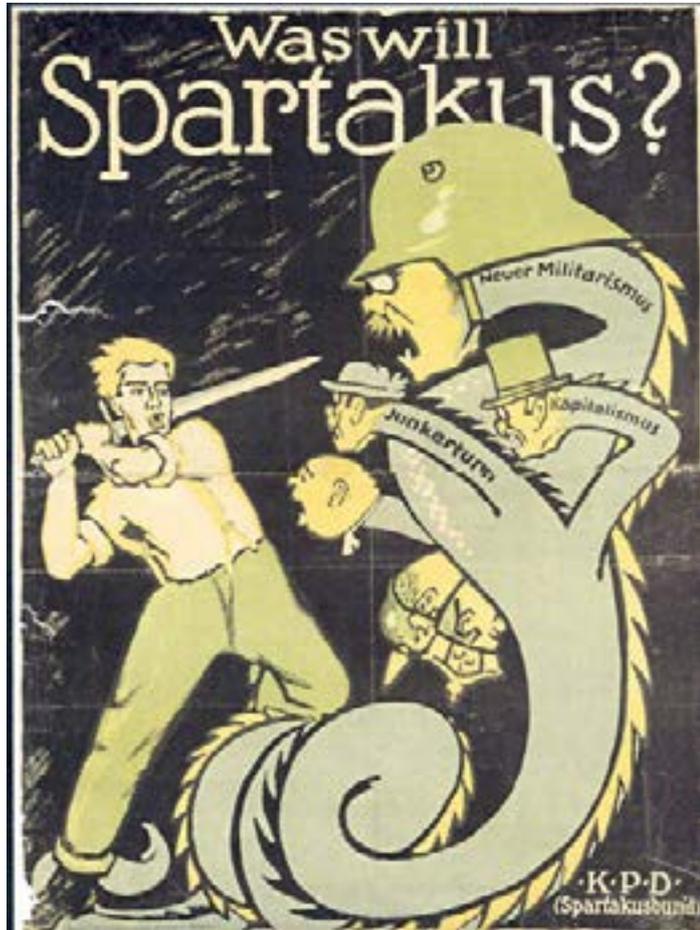


Mannheimer Frauen bei der Rüstungsproduktion im Jahr 1917



Mannheimer Frauen bei der Rüstungsproduktion im Jahr 1917 BBC-Werk Mannheim

Dies gelang auch, weil es anders als beispielsweise mit den Bolschewiki in Russland zu diesem Zeitpunkt noch keine Bewegung gab, die sich auf klare Ziele wie „Frieden und Brot“ einigen konnten. Vielmehr hatten die Auseinandersetzungen um die Kriegsfrage die alte Fraktionsbildung innerhalb der Sozialdemokratie durcheinander gewürfelt. So fanden sich in der USPD Kriegsgegner zusammen, die vor 1914 Angehörige der Parteilinken, der Zentristen oder der Revisionisten waren. Darüber hinaus hatte selbstverständlich auch die MSPD in der Arbeiterschaft noch beträchtlichen Einfluss. Damit war klar, dass die Konzepte zur Beendigung des Krieges und zur politischen Neuordnung unterschiedlich und gegensätzlich waren. Das Problem der Konzeptlosigkeit und der fehlenden Durchsetzungskraft eines konsequenten Flügels, sollte sich in der revolutionären Situation wie sie im November 1918 entstand noch deutlich zeigen.



Zwei Wahlplakate aus der Zeit, die veranschaulichen wie unterschiedlich Revolutionäre und Reformisten die politische Situation wahrnahmen. Während der Spartakusbund noch in dunkler Atmosphäre gegen das System kämpft, steht die MSPD schon im Paradies.

Die alte Klasse kann nicht mehr

In den letzten Wochen des Kriegs und bevor in Kiel die Matrosen meuterten, gerieten auch in Mannheim die politischen Verhältnisse in Bewegung. Auf einer Protestkundgebung im Rosengarten am 28. Oktober 1918 forderte der USPD-Reichstagsabgeordnete Hugo Haase vor 5000 Zuhörern die Beseitigung der Monarchie. Hiergegen agitierten Mannheimer Vertreter der MSPD und riefen zur „Besonnenheit“ auf. Beide Strömungen der Arbeiterbewegung wurden als in Kiel eine Meuterei der Matrosen in den offenen Aufstand übergang von den Ereignissen überrollt.

Am 9. November war auch in den wichtigsten Städten Badens der Tag der Revolution und es gründeten sich verschiedene Arbeiter und Soldatenräte. Dieser Entwicklung versuchte die MSPD mit der Einrichtung der Wohlfahrtsausschüsse entgegenzuwirken. In diesen Ausschüssen waren Vertreter der Fortschrittlichen Volkspartei, des Zentrums, sowie mehrere Gewerkschaftsfunktionäre vertreten und sollten die Unzufriedenheit in der Bevölkerung kanalisieren. Diesen Versuchen ungeachtet, übernahm in Mannheim ein Arbeiter- und Soldatenrat die Macht. Dem Rat gehörten jeweils 25 Mitglieder der USPD und der MSPD sowie 20 Soldaten an. Gestützt auf eine eigene Volkswehr, wurden alle wichtigen Gebäude der Stadt besetzt und über die Rheinbrücke zurückkehrende Truppen entwapnet. Da die Stadtverwaltung und die noch anwesenden Militärs kooperierten und sich die Revolutionäre ähnlich wie in Kiel diszipliniert verhielten, vollzog sich dieser Übergang erstaunlich friedlich.

Am 10. November tagte der Mannheimer Rat und verabschiedete eine EntschlieÙung in der gefordert wurde, dass die Arbeiter- und Soldatenräte der größeren badischen Städte die nötigen Schritte tun, um Baden als sozialistische Republik zu proklamieren und die Bildung einer Volksregierung in die Wege zu leiten. Damit konnte sich der Mannheimer Arbeiter- und Soldatenrat jedoch nicht durchsetzen. Zwar wurde am 10. November eine „Badische vorläufige Volksregierung“ gebildet, der sozialistische Charakter ist hier jedoch schon nicht mehr zu erkennen. Zum Ministerpräsidenten dieser vorläufigen Volksregierung wurde der Mannheimer Landtagsabgeordnete der MSPD Anton Geiß, der schon lange vor 1914 dem Reformistischen Flügel der Partei angehörte und eine Landesverfassungsgebende Versammlung für den 5.1.1919 ansetzte.

Auf Initiative des Mannheimer Rates wurden parallel hierzu am 21.11. die badischen Räte nach Mannheim eingeladen um einen Landesausschuss von 11 Personen zu wählen, der als Kontrollfunktion der provisorischen Regierung in Baden fungieren sollte. Damit etablierte sich in Baden – ähnlich wie auf der Reichsebene, ein Dualismus zwischen parlamentarischer Regierung und den Arbeiter- und Soldatenräten.

Bekanntmachungen des Arbeiter- und Soldatenrats der Stadt Mannheim.

Mitbürger!

Im Interesse der Aufrechterhaltung der Ruhe und Sicherheit verlangt der Arbeiter- und Soldatenrat von jedem Einzelnen strengste Disziplin, damit das große Ziel, das wir in dieser hochcrassen Stunde erstreben, durch nichts gefährdet wird.

Dies, was wir wollen, ist mit uns bei rascher Beschleunigung gegeben, indem wir überlegen, was unser Ziel ist und jeder Bürger mit ihm einverstanden ist und mit aller Kraft bei der Erreichung der Ziele mitzuwirken. Er muss sich nicht scheuen, sich zu wehren, wenn er sieht, dass die Ziele nicht erreicht werden können.

Wir sind überzeugt, dass wir in uns die Kraft der größten Tapferkeit besitzen. Unerschütterlich stehen wir über jeder Gefahr. Wir sind bereit, unser Leben für die Freiheit zu opfern. Wir sind bereit, unser Leben für die Freiheit zu opfern. Wir sind bereit, unser Leben für die Freiheit zu opfern. Wir sind bereit, unser Leben für die Freiheit zu opfern.

Es ist im Interesse einer gesicherten Lebensmittelversorgung unbedingt notwendig, dass von den Geschäftsleuten nur für die jeweils aufgerufenen Marken Lebensmittel, insbesondere Brot, Kartoffeln, Butter usw. abgegeben wird. Jeder Hamsterei muss vorgebeugt werden.

Zwiderhandlungen werden mit sofortiger Schliessung der Geschäfte geahndet!

Der Aufrechterhaltung eines geordneten Straßenverkehrs und der öffentlichen Sicherheit sind alle Mitbürger verpflichtet.

Jugendlichen Personen unter 18 Jahren sowie Kindern ist das Betreten der Strasse von abends 6 $\frac{1}{2}$ Uhr bis morgens 7 Uhr streng verboten.

Zwiderhandelnde bzw. die Eltern oder Vormünder werden anlässlich strengster zur Verantwortung gezogen.

Den vom Arbeiter- und Soldatenrat verpflichteten Sicherheitsorganen ist unbedingt Folge zu leisten.

Ein Jeder, der sich einer gewalttätigen Handlung gegen Leben und Eigentum, wie Plünderung, Raub, Mord, Brandstiftung schuldig macht, wird mit dem Tode bestraft!

Mitbürger! Der ganze deutsche und weltliche Kampf ist mit uns bei uns. Wir sind bereit, unser Leben für die Freiheit zu opfern.

Dies ist die unerschütterliche Basis, auf der wir stehen. Wir sind bereit, unser Leben für die Freiheit zu opfern. Wir sind bereit, unser Leben für die Freiheit zu opfern. Wir sind bereit, unser Leben für die Freiheit zu opfern.

Der Arbeiter- und Soldatenrat Mannheim.

*Aufruf des Mannheimer Arbeiter- und Soldatenrates vom
10. November 1918 zur Aufrechterhaltung der Ordnung.*

Ein erster Erfolg der nun auf Landesebene koordinierten Räte, war die Abdankung des Großherzogs von Baden, die erst durch ihren Druck am 22.11.1918 zustande kam. Trotz dieses wichtigen Schrittes zur Demokratisierung des Landes darf nicht vergessen werden, dass der Einfluss der MSPD in den Räten und ihren Vollzugsorganen stark war, sodass auch die Räte gegenüber der provisorischen Regierung keinen einheitlichen Block für die soziale Revolution bildeten.

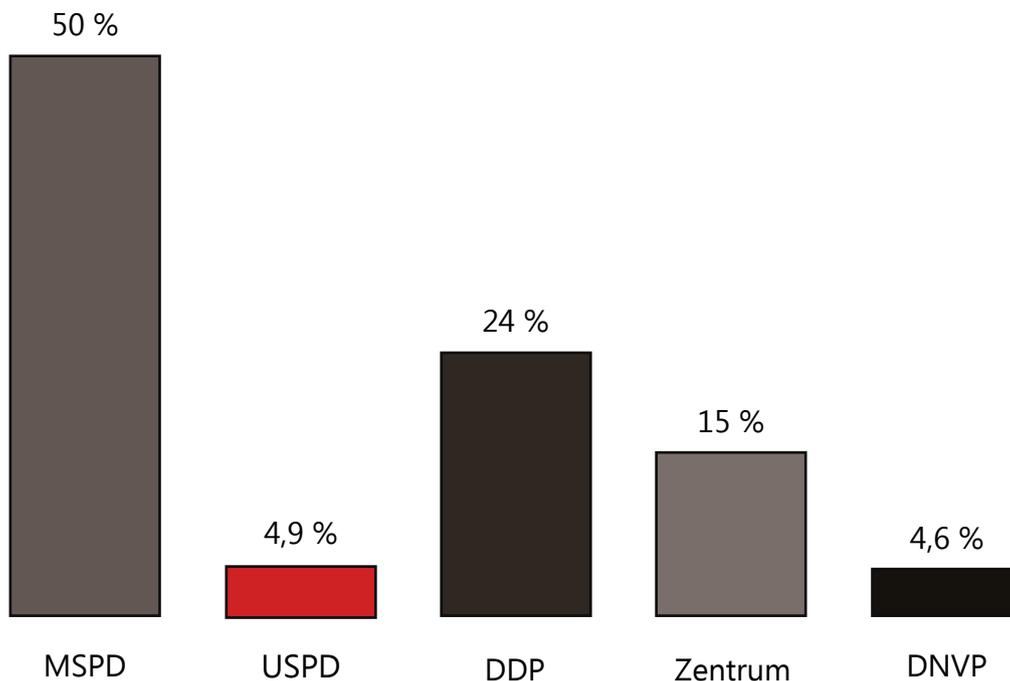
Diese Schwäche wurde deutlich als am 10. Dezember ein Infanterieregiment ohne vorherige Information des Mannheimer Arbeiter- und Soldatenrates in Mannheim einmarschierte. Gestützt auf die Bevölkerung und die Volkswehr hatte der Rat zunächst versucht sich der Armee entgegenzustellen und seine Machtbasis zu behaupten, gab jedoch letztlich der Anweisung der „Volksregierung“ nach.



Mitglieder der Mannheimer Volkswehr im Jahr 1919

In eine für Mannheim und die junge Republik turbulente Zeit fiel die Wahl zur verfassungsgebenden Landesversammlung in Baden am 5. Januar 1919. Während sich am 4. Januar in Berlin die Ereignisse überschlugen, verschaffte sich in Mannheim eine Demonstration von 2000 Arbeitslosen etwas Luft. Die Demonstranten sprengten mehrere politische Sitzungen im Mannheimer Rathaus, darunter eine der DNVP und misshandelten städtische Beamte. Hierdurch konnten höhere Unterstützungssätze und die Abschaffung der niedrigeren Unterstützung für Frauen erreicht werden. Trotz dieser spontanen Aktionen, die ein hohes Maß an sozialen Spannungen in der Bevölkerung belegten, war das Ergebnis zur Wahl der verfassungsgebenden Landesversammlung für die USPD ernüchternd.

Wahl zur verfassungsgebenden Landesversammlung in Baden, 5. Januar 1919



Und auch auf der Straße formierte sich eine konterrevolutionäre Allianz, der es am 06.01. gelang in Mannheim 50.000 Menschen zu einer Demonstration gegen „den Putschismus“ zu mobilisieren. Doch auch die blutige Niederschlagung des Januaraufstandes und die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, durch von der SPD Regierung eingesetzte Freikorps trieb am 17.01. und am 07.02. mehrere Tausend Mannheimer auf die Straßen. Die Fraktionen der „bürgerkriegsähnlichen“ Auseinandersetzungen wie sie reichsweit zu erkennen waren, zeichnen sich somit auch deutlich in Mannheim ab.

Die Mehrheitssozialdemokratie als Bluthund des Kapitals

Der hier beschriebene Prozess - von der Meuterei in Kiel, über die Bildung von revolutionären Arbeiter und Soldatenräten, zu dem letztlich etablierten Dualismus von Räten und repräsentativer parlamentarischer Demokratie - mündete in eine Situation in der sich die sozialdemokratischen Gegner der sozialen Revolution bewusst für ein Bündnis mit den alten Eliten und den nationalistischen Freikorps entschieden. Ebenso bewusst war die Entscheidung zur gewalttätigen und tödlichen Massenrepression gegen diejenigen, welche die Revolution weiter vorantreiben wollten.

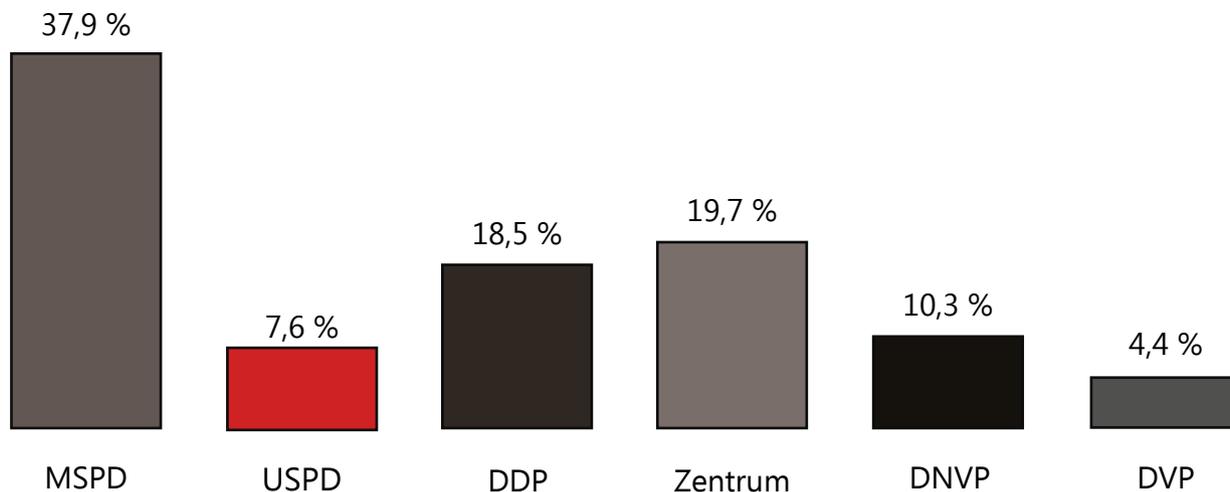
Wenn wir hier die klare Verantwortung der Mehrheitssozialdemokratie für die Ermordung mehrerer Tausend Arbeiter festhalten, geschieht dies nicht aufgrund moralischer Effekthascherei. Vielmehr soll hier einer Tendenz der bürgerlichen Geschichtsschreibung begegnet werden, welche die Rolle der SPD leugnet, rechtfertigt oder kaschiert. Dies geschieht zum Beispiel durch die Verwendung von vornehmen überparteilichen Floskeln wie „Gewaltspirale“ oder „bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen“, wodurch die Frage nach der Verantwortung umschifft wird. Deutlich weniger subtil haben sich jüngst aber auch wieder prominente Historiker zu Wort gemeldet, welche die Repressionsstrategie der SPD als Agieren im Sinne einer „wehrhaften Demokratie“ deuten und bedauern, dass die Verhinderung einer sozialen Revolution nach „russischem Vorbild“ nicht als Verdienst angesehen wird. Wie bedenkenlos sich hier angesehene Historiker an die Grenzen zum Geschichtsrevisionismus begeben, mag erschreckend sein, letztlich ist es ein guter Gradmesser für das politische Koordinatensystem der Geschichtswissenschaft und zeigt deutlich wie ideologisch es in der „kritischen“ Wissenschaft zu gehen kann.

Räterepublik Kurpfalz

Wie schon die Wahlen zur verfassungsgebenden Landesversammlung fielen die zur Deutschen Nationalversammlung am 19. Januar 1919 für die USPD ernüchternd aus. Das schlechte Wahlergebnis und die angespannte wirtschaftliche Lage führte zur Radikalisierung der USPD in Baden, deren Mitglieder in hohem Maße mit der KPD sympathisierten und einem Zusammenschluss offen gegenüberstanden. In dieser angespannten Situation stieß die Ermordung von Kurt Eisner am 21. Februar 1919 eine neue Welle revolutionärer Aktivitäten an. Die Arbeiterschaft Mannheims erfuhr von der Ermordung während Erich Mühsam nach Einladung durch die USPD im Rosengarten vor 6.000 Menschen sprach. Nach kurzer Unterbrechung wurde beschlossen, dass Abends eine Tagung von Arbeitervertretern stattfinden sollte, um für den 22. Februar einen Generalstreik zu organisieren. Während die SPD ihre Teilnahme an dieser Tagung verweigerte beschlossen die Vertreter von USPD, KPD und einigen Syndikalisten die Entwaffnung der Volkswehr und die Bewaffnung des Proletariats.

Am Tag nach der Ermordung Eisners versammelten sich 30.000-40.000 Personen vor dem Rosengarten. Wer genau die „Räterepublik Kurpfalz“ ausrief ist umstritten, jedenfalls wurde ein Revolutionärer Arbeiterrat gegründet, der veranlasste die überwiegend aus Sozialdemokraten bestehende Mannheimer Volkswehr zu entwaffnen und die Gefangenen im Schloss- und im Q6-Gefängnis zu befreien. Letzteres wurde im Anschluss an die Gefangenenbefreiung niedergebrannt. Weiter wurden Lebensmittel beschlagnahmt und verteilt, Beamtenbüros verwüstet, Akten auf der Straße verbrannt und das Standrecht verhängt.

Wahl zur Deutschen Nationalversammlung, 19. Januar 1919



Der Revolutionäre Arbeiterrat begründete dieses Vorgehen vor allem mit den Putschversuchen reaktionärer Kräfte welche die Errungenschaften der Revolution revidieren wollten. Wie der Kapp-Putsch später noch zeigen sollte waren diese Befürchtungen keinesfalls aus der Luft gegriffen. Während im März 1920 jedoch die Arbeiterbewegung gemeinsam den reaktionären Putsch abwehrte, verlief 1919 die Front zwischen den Arbeiterparteien. So versuchten die Revolutionäre in Mannheim den Verlagsort der sozialdemokratischen Volksstimme zu besetzen, um den Druck von Regierungsmitteilungen zu verhindern, welche die Räterepublik Kurpfalz für nicht existent erklärten. Als dies durch eine bewaffnete Gruppe von SPD-Mitgliedern unterbunden wurde, bauten die Anhänger der Räterepublik mehrere der zuvor erbeuteten Maschinengewehre auf und beschossen das Gebäude. Hierbei kam ein Sozialdemokrat ums Leben und 2 weitere wurden verletzt.

In Reaktion auf die revolutionären Bestrebungen verhängte die vorläufige Badische Landesregierung den Belagerungszustand über Mannheim, unterbrach den Zugverkehr und stellte ein Freiwilligenbataillon auf, welches die Entwaffnung der Revolutionäre vornehmen sollte. Bereits am 25.2.1919 veröffentlichten SPD, USPD und KPD eine gemeinsame Erklärung welche das Ende der Mannheimer Räterepublik bekannt gab. Erstaunlich geräuschlos wurde die KPD auf Kosten der USPD mit 5 Sitzen in den Mannheimer Arbeiter- und mit einem Sitz in den Vollzugsrat aufgenommen.

Die vorläufige Landesregierung setzte den Belagerungszustand trotz dieser Vereinbarung fort und wollte hierdurch eine Schwächung und Entwaffnung des revolutionären Flügels der Arbeiterbewegung in Mannheim erreichen. Deshalb rückte am 07. März das 2. Badische Freiwilligenbataillon aus Bruchsal in Mannheim ein und nahm Entwaffnung, Haussuchungen und Verhaftungen unter den Aufständischen vor. Dieser Einmarsch verlief ohne Gegenwehr, auch weil in Seckenheim auf direkten Befehl von Gustav Noske das berüchtigte Freikorps Pfeffer stationiert war und auf einen Marschbefehl nach Mannheim wartete. Der revolutionäre Teil der Arbeiterbewegung steckte somit in einer Zwickmühle. Eine Auseinandersetzung mit dem Freiwilligenbataillon hätte eine noch blutigere mit dem Freikorps nach sich gezogen, sodass man sich dem kleineren Übel beugte. Am 10. März wurde der Belagerungszustand aufgehoben und damit war die Episode der Kurpfälzischen Räterepublik beendet.

Halbe Revolution und ganze Niederlage

Eine dauerhafte Pazifizierung des konsequenten Flügels der Mannheimer Arbeiterbewegung gelang jedoch nicht. Kleinere Ausschreitungen, Lebensmittelkrawalle und Demonstrationen begleiten Mannheim durch die komplette Weimarer Republik hindurch. Dieses immer wieder spontan aufblitzende revolutionäre Potential sollte jedoch nicht über die realen politischen Kräfteverhältnisse in Mannheim hinwegtäuschen. Auch in Mannheim war die November Revolution nur eine halbe Revolution, die 1933 zu einer ganzen Niederlage - nicht nur für die Arbeiterbewegung – wurde

Und heute?

Theorien wie der „Marsch durch die Institutionen“, dem „friedlichen Hineinwachsen“ oder von der möglichen Transformation des Kapitalismus, sind durch die Novemberrevolution und vielen weiteren geschichtlichen Erfahrungen gründlich diskreditiert. Die „halbe“ November-Revolution zeigt uns vor allem deutlich, dass eine neue Welt nicht mit Reformen und nicht ohne eine konsequente Entmachtung der alten Eliten, der Bürokratie und der Verwaltung aufgebaut werden kann. Eine Übernahme der repräsentativen politischen Macht also der Austausch von Charaktermasken ist ohne durchgreifende ökonomische Neugestaltung keine Revolution. In diesem Sinne ist auch der Revolutionsbegriff wie er heute für diverse „regime changes“ verwendet wird zu hinterfragen.



Revolutionszug im November 1918 in der Mannheimer Neckarstadt

Die Revolutionäre Linke Mannheim hat sich 2018 gegründet mit dem Ziel in Mannheim eine revolutionäre, antikapitalistische Bewegung aufzubauen. Unser wichtigstes Ziel ist es unsere politischen Standpunkte in der Arbeiterklasse zu verankern und damit Mannheims revolutionäre Tradition weiterzuführen.

*Eure „Ordnung“ ist auf Sand
gebaut. Die Revolution wird
sich morgen schon rasselnd
wieder in die Höhe richten
und zu eurem Schrecken mit
Posaunenklang verkünden:*

***Ich war, ich bin,
ich werde sein!***

Rosa Luxemburg

rlma.blogspot.eu
rlm@riseup.net

RLM
Revolutionäre Linke Mannheim